

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Am 31. Oktober wählen alle die Liste 4

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Verlagspreis: 30 Pf. Die 30 mm breite Heftausgabe 1.50 Pf. für auswärtige Abnehmer 2 Pf. und 2 Pf. Familienabnehmer. Stellen- und Mietgeschäfte 40 Pf. Rabatt. Für Briefmarken 10 Pf.

Nr. 252

Dresden, Donnerstag den 28. Oktober 1926

37. Jahrg.

Gesundheitspolitik im Wahlkampf

Von Dr. Julius Rosed, M. D. R.

Gesundheitspolitik ist in erster Reihe Lohnpolitik und Wohnpolitik. Gesundheitspolitik treiben soll nach der Verfassung in erster Reihe Aufgabe der Reichsregierung sein, sowohl in sozialpolitischer als auch in sozialhygienischer Richtung. Ein eigenes Reichsgesundheitsministerium, wie es in anderen Ländern seit langem besteht, teilweise aber auch erst nach dem Kriege errichtet worden ist, haben wir in Deutschland nicht. Das Reichsgesundheitsamt hat neben seiner wissenschaftlichen nur eine begrenzende oder gekegelsarbeitende Tätigkeit auszuüben.

Der Schwerpunkt unserer Gesundheitspolitik ist in die Länder verlegt worden.

Die Länder haben eigene Wohlfahrtsministerien. Daran erblickt schon die Bedeutung der Gesundheitspolitik in den Wahlkämpfen der einzelnen Länder.

Ich habe einmal bei Beratung des Etats für das Reichsgesundheitsamt im Reichstag erklärt: „Die Gesundheitspolitik im Deutschen Reich darf sich nach dem katastrophalen Zusammenbruch unserer Volksgesundheit nicht erschöpfen in der Gewährung von ein paar Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose oder zur Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit oder in einem Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das aber dem Reiche keine Kosten verursachen soll, sondern muß in erster Reihe in einer Politik bestehen, die jedem Arbeiter die Möglichkeit gibt, das zum Leben Notwendige für sich und die Seinen erarbeiten zu können.“

Bei unzureichender Entlohnung der Arbeiterschaft in einem Volke oder gar bei zunehmender Arbeitslosigkeit, bei unzureichenden Ernährungsmöglichkeiten und vollständig ungenügenden Wohnungsverhältnissen ist jeder Versuch, eine vernünftige Gesundheits- und Bevölkerungspolitik zu treiben, von vornherein schon zum Scheitern verurteilt, einschließlich aller Bemühungen, hygienische Volksbelehrung in die Massen zu bringen. Es genügt eben nicht, den Wert von Luft, Licht und Sonne zu preisen; die Massen müssen auch die Möglichkeit haben, das, was man ihnen als hygienisches Wissen aufzupropfen will, in die Tat, in die Wirklichkeit umzusetzen. Das aber bedeutet an unsern sozialen und kulturellen Verhältnissen: Verhältnisse, die man insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsweises geradezu als kulturwidrig, als

Kulturfehde

bezeichnen muß. Und so ist es ein Widerspruch in sich, wenn die Ärzte sich zwar als die alleinigen berufenen Hüter der Volksgesundheit aufspielen, in Wirklichkeit aber nichts tun, um diesen kulturunwürdigen Zuständen in Deutschland ein Ende zu machen. Nicht der Verfall, sondern die großen Gewerkschaften, die politischen Arbeiterparteien, die für bessere Löhne, für den Achtundtag, gegen die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft ankämpfen, die Versicherungsorganisationen, die in Wirklichkeit den Kampf um die Volksgesundheit führen.

Im Sächsischen Landtag

hat unsere Partei in der abgelaufenen Periode jede Gelegenheit ergriffen, um Gesundheits- und richtig verstandene Bevölkerungspolitik nach den Ergebnissen der Forschungen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft zu treiben. Denn: was lehrt uns die Volkswirtschaft? Sie lehrt uns, daß der Reichtum einer Nation in ihren produktiven Kräften besteht und der wichtigste darunter der Mensch sei. Und sie lehrt uns weiter, daß alles, was heute in unserm politischen und wirtschaftlichen Leben in die Erscheinung tritt, was zumal in unserer Gegenwart uns ähmt und drückt, in den Gesundheits- und Bevölkerungsproblemen keine eigentliche und letzte Wurzel hat. Und sie lehrt uns weiter: daß wir alle unsere Energie auf den einen Punkt zu konzentrieren haben, nämlich: das größte Kapital eines Staates, den Menschen, zu halten, zu erhalten, zu kräftigen und zu stärken.

Wie dringend nötig wir die Hebung der Volksgesundheit haben, dafür geben uns ja den besten Beweis die Tatsachen, die in den Denkschriften der Reichsregierung wie in denen einzelner Länder über die gesundheitlichen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung enthalten sind. Arbeitslosigkeit, Wohnmangel, schlechte Ernährungsverhältnisse, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus und anderes mehr unterhalten systematisch die Gesundheit und den Wiederaufbau unseres Volkes. Und gerade hier in Sachsen, insbesondere in den Gebirgen des Erzgebirges, ist nach den übereinstimmenden Berichten der Behörden die der Schulärzte

ein Kinderelend ohne Gleichen.

Es wird uns berichtet, daß in diesen Gegenden Mord, Strolche, Tuberkulose ihren Ziegeszug halten, die Kinder nicht nur in ihrem Körpergewicht, sondern auch in ihrem Wachstum abnorm sind. Zehntausende von Schulkindern, die hungernd des Morgens in die Schule geschickt werden, nicht einmal eine lumpy Portion vorgesetzt bekommen, in geschwächtem Zustand, vielfach kein Brod mehr auf dem Tische, hungernd und trierend anwesend. Unsere Partei hatte im Landtag den Antrag gestellt, die Summe von 250 000 Mark

für Schulkindererpeisungen auf das Doppelte zu erhöhen. Statt dessen hat die Koalitionsregierung, anstatt diese Summe zu erhöhen, sie auf 200 000 M. heruntergesetzt und das nennen die Leute nationale und patriotische Gesundheits- und Bevölkerungspolitik.

Auch auf dem Gebiete des Wohnungsweises hat unsere Partei sich fortgesetzt bemüht, im Landtag diejenigen Anträge zu stellen, die im Interesse einer vernünftigen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik liegen. Alle Bemühungen scheiterten an dem Widerstand der Koalitionsparteien. Und dabei sollte jeder Politiker wissen, daß Gesundheits- und Bevölkerungspolitik treiben, ohne gleichzeitig auch den katastrophalen Zusammenbruch unserer Wohnungsverhältnisse zu beachten, einfach eine Unmöglichkeit ist.

An diesen traurigen Wohnungsverhältnissen scheitert jede vernünftige Gesundheits- und Bevölkerungspolitik.

Es gibt es doch eine ganze Reihe von Erkrankungen, die man in der Wissenschaft als Milieu-Krankheiten, insbesondere als Wohnungs- und Arbeitskrankheiten, auffaßt, nicht nur die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten. Jedermann weiß, daß insbesondere die Kindererkrankheiten in ihren Auswirkungen abhängig sind von der Wohnungsnot und ebenso sehr von der Not. Erst in jüngster Zeit ist aus einem großen Berliner Krankenhaus ein Warnruf in die Öffentlichkeit hinausgegangen, daß infolge der traurigen Wohnungsverhältnisse in steigendem Maße geschlechtlich infizierte Kinder in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Dann aber zernern unsere Nationalisten, unsere Vietisten und Kinder über die „Zunahme der Verrohung unserer Jugend“. Von hoher Warte herab ist es leichter, gegen Unästhetik und Unmoralität zu donnern, als in dumpfen engen Wohnungen in Not und Entwehungen allen Verlockungen zu widerstehen. — Auch auf ein weiteres Problem möchte ich die Aufmerksamkeit lenken:

das Arbeitslosenproblem vom Standpunkt des Gesundheits- und Bevölkerungspolitikers

aus betrachtet. Nur die wenigsten Menschen machen sich eine Vorstellung von dem ungeheuren Einfluß, den eine langandauernde Arbeitslosigkeit auf Körper und Geist nicht nur des Arbeitslosen selbst, sondern seiner ganzen Familie, insbesondere der Kinder, ausübt.

Als im November vorigen Jahres die Arbeitslosigkeit in starkem Maße einsetzte, habe ich den Leiter der Kinderstation eines unserer größten Berliner Krankenhäuser beauftragt, einmal nachzuforschen, in welcher Weise die zunehmende Erwerbslosigkeit Einfluß habe auf den Gesundheits-, das heißt den Krankheitszustand der in das Krankenhaus eingelieferten Säuglinge und Kleinkinder. Diese wissenschaftlichen und statistischen Untersuchungen wurden fünf Monate lang fortgesetzt. Ergebnis: weitaus die Hälfte aller in das Krankenhaus eingelieferten Säuglinge und Kleinkinder stammte aus Erwerbslosenfamilien, wobei die Kurzarbeiter gar nicht mit in die Untersuchung hineingezogen wurden. 90 Prozent waren tödlich. In einer großen Zahl von Fällen Zunahme der

Grundursache: Mangel an Wärme, besonders Windeln. In dem Bericht heißt es möglich weiter:

„Wegen der schlechten häuslichen wirtschaftlichen Verhältnisse sträuben sich die Eltern vielfach, ihre Kinder, besonders die Säuglinge, auch wenn sie gekleidet sind, wieder mit nach Hause zu nehmen. Während wir früher meistens die Schwierigkeit hatten, daß die Eltern die Säuglinge vorzeitig aus dem Krankenhaus nehmen wollten, ist in den letzten Monaten geradezu umgekehrte Erscheinung eingetreten. Nur auf wiederholte Aufforderung hin und auf Dringung, das gekleidete Kind dem Waisenhause zu übergeben, haben die Eltern ihre Kinder schließlich ab. Leider treten zu Hause tatsächlich öfters Rückfälle des alten Leidens, besonders Ernährungsstörungen, auf und nähern innerhalb weniger Wochen zur zweiten und dritten Krankenhausaufnahme. Die beste Therapie bleibt mangellos, wenn sie nicht in der Lage ist, die Schäden, die den Ausbruch der Krankheit hervorgerufen haben, zu beseitigen.“

Wenn unsere Partei in der letzten Zeit im Landtag den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Erwerbslosienproblem gelegt hat, so hat sie damit den Beweis erbracht, daß sie allein unter allen Parteien im Sächsischen Landtag in der zunehmenden Arbeitslosigkeit eine Gefahr für den gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Wiederaufbau unseres Volkes erblickt, und fortgesetzt bemüht ist, vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus auch den gesundheitlichen Gefahren einer andauernden Erwerbslosigkeit Einhalt zu tun.

Wer es also ernst nimmt mit dem gesundheitlichen Wiederaufbau unseres Volkes, der kann bei diesen Wahlen nicht anders, als die Vertreter unserer Partei zu wählen.

Dringende Fürsorge

D. Berlin, 28. Oktober. (Sig. Funf.) Die Beratungen des Unterausschusses vom Sozialen Ausschuss des Reichstags, der auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitet wurde, haben gezeigt, daß die völlig ablehnende Haltung der Reichsregierung zur Fürsorge für die Erwerbslosen von den eigenen Parteien nicht gebilligt wird.

Die bürgerlichen Parteien haben die eindringlichen Darlegungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Unterausschusses nicht ernstlich annehmen können, und damit ausgeschlossen, daß ein Ausbau des Arbeitslosenwesens nötig ist. Aber den Umfang geben die Reichstagsfraktionen noch weit auseinander. Die sozialdemokratische Fraktion fordert mit allem Nachdruck, daß die jetzt vorzunehmende Zwischenlösung bis zur Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die aufgestellten vier Punkte zu umfassen hat:

- Wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze,
- Verlängerung der Unterstützungsdauer,
- Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung und
- Beseitigung der Pflichtarbeit.

Es handelt sich hier im wesentlichen um die Forderungen, die die Spitzenverbände aller Gewerkschaftsrichtungen schon vor Monaten geltend gemacht haben. Bisher hat sich nur die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen mit allem Nachdruck eingesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob Zentrum und Demokraten den Rat aufgreifen, die herdringenden Forderungen der ihnen nahestehenden Gewerkschaftsrichtungen abzuschleimen.

Die Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge soll am Donnerstag in einer Besprechung des Reichstags mit den Führern der Koalitionsparteien erörtert werden. Anschließend dürfte der Reichstagsrat über die gleiche Frage mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verhandeln.

Die Dehne-Demokraten

Eine Erwiderung des Ministerialdirektors Günther

Die Sächsische Republikanische Korrespondenz veröffentlicht folgende Antwort des Ministerialdirektors Günther zur Stellungnahme der sächsischen Demokraten zum Austritt Günthers aus der Deutschen Demokratischen Partei:

Der Beamtenauschuss der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgebung hat meinen Brief an Herrn Dr. Dehne damit beantwortet, daß er feststellt, ich hätte als Ministerialdirektor im Justizministerium mein Amt nach parteipolitischen Gesichtspunkten verwalte. Diese Behauptung ist unrichtig. Man ist zudem jegliche Beweisführung schuldig geblieben. Um einer weiteren Irreführung der Öffentlichkeit ein für allemal vorzubeugen, stelle ich fest, daß der vom demokratischen Beamtenauschuss erhobene Vorwurf mit folgendem statistischem Material in Widerspruch steht, das sich aus der nachfolgenden Tabelle ergibt:

In der Zeit vom 1. August 1921 bis 30. November 1923, also während der Regierung Dr. Reigers und Dr. Reus, sind im Bereich des sächsischen Justizministeriums ernannt worden:	
9 Präsidenten beim Oberlandesgericht	2
11 Oberlandesgerichtsräte	2
1 Landgerichtspräsident	0
2 stellvertretende Landgerichtspräsidenten	0
2 Reichsgerichtsräte	0
4 Amtsgerichtspräsidenten	2
13 Landgerichtsdirektoren	3
6 Amtsgerichtsdirektoren in Gruppe XII	2
9 Amtsgerichtsdirektoren in Gruppe XI	5
4 Oberstaatsanwälte und 1 stellvertretender Oberstaatsanwalt	5
50 Gerichtsassessoren und einige Rechtsanwältinnen zu Richtern	12
17 Hilfsrichter beim Oberlandesgericht	3

Weiter sind 68 Richter bei den Amts- und Landgerichten aus Gruppe X nach Gruppe XI befördert worden. Diese Ernennungen sind ausschließlich nach dem Dienstalter erfolgt. Im Justizministerium gehörten von 13 juristischen Beamten von der Gruppe XIII an aufwärts dem Republikanischen Richterbunde 5, von 24 juristischen Hilfsarbeitern 7 diesem Bunde an.

Rechtlich haben die Verhältnisse auch bei den übrigen Beamtenkategorien gelegen. Sozusagen haben von allen Beförderten etwa (soweit eine Nachprüfung möglich war) 20 Prozent den republikanischen Parteien angehört, und zwar davon die überwiegende Mehrzahl der Deutschen Demokratischen Partei. So hat die „Einseitigkeit“ und die angeblich allein nach parteipolitischen Gesichtspunkten betriebene Personalpolitik ausgefallen, für die mich jetzt sogenannte demokratische Beamte verantwortlich machen wollen. Ich bin gern bereit, eine derartige Verantwortung zu übernehmen. Ich lasse mich bei meiner Personalpolitik von der Gewisheit leiten lassen, daß die organisatorische Umstellung des alten Dreiklassenstaates in eine demokratische Republik, die Befreiung der letzteren mit freiesittlichem, fortschrittlichem Geist und die sinnmäßige Ausföhrung der Gesetze und Verordnungen demokratischer Gesetzgeber und Staatsmänner nur dann gewährleistet erscheint, wenn sie geschieht durch Männer, die Träger der demokratischen Staatsidee sind und sein wollen. Die Demokraten der Richtung Dr. Dehne zu denen sich offenbar die Mitglieder des demokratischen Beamtenauschusses zählen, haben es sicher vergessen, daß bereits der demokratische Parteitag in Bremen — wohl im Jahre 1921 — mit Nachdruck die Demokratisierung der Verwaltung gefordert hat. Man hat es in der Demokratischen Partei von heute vergessen, daß

unter Billigung der Demokraten der Reichstag unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus in einer Entscheidung u. a. auch die Befreiung aller Personalreferate mit zuverlässigen Republikanern gefordert hatte.

Der innere Arbeiter